

Grüner wirtschaften: nachhaltig und gerecht!

Wir leben in Zeiten großer Herausforderungen. Die globale Erwärmung ist - in den Worten des Ökonomen Sir Nicholas Stern - das größte Marktversagen, das die Welt je gesehen hat. Eine grüne Erkenntnis reicht inzwischen bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft: Gegen die Umwelt lässt sich auf Dauer kein Gewinn erzielen.

Unsere Wirtschaft steht vor einem Scheideweg. Wenn wir unseren Planeten auch für zukünftige Generationen lebenswert erhalten wollen, müssen wir unsere Lebensstile und unsere Wirtschaftsweise grundlegend ändern. Dazu gehört ein neues Verständnis von Wohlstand, das nicht blind auf quantitative Zuwächse, sondern verstärkt auf qualitatives Wachstum setzt.

Ökologische Modernisierung der Wirtschaft

Der Klimawandel lässt nur ein Zeitfenster von wenigen Jahrzehnten für die zwingend erforderlichen Umstellungsprozesse. Es geht darum, die Übergänge zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise zu gestalten, die im Kern auf Erneuerbare Energien, höchste Materialeffizienz, geschlossene Stoffkreisläufe und intelligente Dienstleistungen setzt. Mit grünen Zielvorgaben und klaren ökologisch-sozialen Rahmenbedingungen versehen, leistet grüne Wirtschaftspolitik einen wesentlichen Beitrag zu dieser Transformation.

Grüne Wirtschaftspolitik ist nicht blindem, rein quantitativem Wachstum verpflichtet. Wir fragen, ob das Wachstum zu Lasten der Zukunft geht. Und wir fragen, ob unser Wachstum zu Lasten anderer Länder geht oder nicht.

Die Ökologisierung der Wirtschaft kommt nämlich nicht von allein. Zahlreiche ökologische Fortschritte musste von der Politik gegen den kurzsichtigen Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden. Das war so beim Katalysator und beim Atomausstieg. Das ist auch heute nicht anders. Der aktuelle Streit um strengere CO₂-Ausstoßgrenzen für Pkw hat das in aller Deutlichkeit gezeigt.

Die grüne und alternative Bewegung der siebziger Jahre hat zahlreiche innovative Branchen geschaffen und erfolgreiche Unternehmen und Betriebe auf den Weg gebracht. Viele Menschen aus dem Bereich der Bio- und Ökobranche, der ökologischen Landwirtschaft und der Solar- und Umwelttechnologie haben mit viel GründerInnen-Geist, Ausdauer und innovativen Idee erfolgreiche klein- und mittelständische Unternehmen etabliert. Sie haben

damit bewiesen, dass man mit grünen Ideen auch schwarze Zahlen schreiben kann und haben auf diesem Weg hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Ökologie und ökonomischer Erfolg sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Mit grünen Ideen entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Lange ist die beschäftigungspolitische Bedeutung von ökologischer Wirtschaftspolitik kleingeredet worden. Mittlerweile arbeiten mehr Menschen im Umweltbereich als in der Automobilindustrie. Energie-, Material- und Ressourcenproduktivität bieten gute Beschäftigungschancen für viele. Die Politik in grüner Regierungsbeteiligung hat für ökologische Innovationen die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen, so mit dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG).

Viele der genannten Probleme und Herausforderungen können vom Markt allein nicht gelöst werden. Sich selbst überlassen sind Märkte sowohl ökologisch als auch in sozialer Hinsicht blind.

Das ist der Grund des offensichtlichen Scheiterns der neoliberalen Ideologie und Praxis. Umweltsteuern geben die Preissignale, die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen zu umweltfreundlichen Verhalten drängen. Zu Unrecht ist die ökologisch-soziale Steuerreform der rot-grünen Regierung von der damaligen Oppositionsführerin Angela Merkel gemeinsam mit der Automobilwirtschaft und der Mineralölindustrie in Misskredit gebracht worden. Heute wird klar: Die von Bundeskanzlerin Merkel international vereinbarten Klimaziele werden ohne eine Weiterentwicklung der ökologischen Finanzreform nicht möglich sein. Ohne eine ökologische Ausrichtung der Bodenbesteuerung lässt sich der Flächenverbrauch von derzeit etwa 100 ha pro Tag nicht auf das in der Nachhaltigkeitsstrategie festgelegte Ziel von 30 ha zurückführen.

Wir wollen am Erfolg der rot-grünen Steuerreform anknüpfen und setzen daher auf eine neue Ökologische Steuerreform, die wirtschaftliche und technologische Entwicklung steuert, indem sie u. a. ökologisch schädliche Ausnahmeregelungen abschafft.

Grünes Wirtschaften braucht einen Rahmen

Der Staat hat die Aufgabe, den Rahmen so zu gestalten, dass auf der Basis einer klaren Wertorientierung ein zum Wettbewerb befähigter Markt die gewünschten Ziele effektiv erreichen kann. Es ist aber auch Aufgabe des Staates durch die Formulierung ökologischer Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass Marktversagen verhindert wird.

Politikversagen kann durch Märkte nicht korrigiert werden. Das gilt auch in Bezug auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Märkte produzieren sich selbst überlassen keine sozial gerechten Ergebnisse. Der Staat muss hier für einen Rahmen sorgen, der soziale Gerechtigkeit im Sinne der verschiedenen Aspekte eines modernen Gerechtigkeitsbegriffs ermöglicht.

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf soziale Gerechtigkeit

Die soziale Marktwirtschaft steckt in einer tiefen Vertrauenskrise. Angesichts von Massenentlassungen bei Unternehmen, die Rekordgewinne verbuchen, und explodierender Vorstandsgehälter in Unternehmen, die Stellen abbauen, verwundert das nicht. Eine Steuerpolitik, bei der die Masse der Steuerpflichtigen etwa über die Mehrwertsteuer Milliardenentlastungen für Unternehmen und Spitzenverdiener bezahlt, verschärft die soziale Malaise. Und die Mängel der Arbeitsmarktreformen bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit haben bis tief in die Mittelschicht Abstiegsängste ausgelöst.

Dem Chor von ArbeitgeberInnen, Politik und Medien, der trotz Wirtschaftswachstum und steigender Unternehmensgewinne immer neue Einschnitte ins soziale Netz für unvermeidbar erklärt, schließen wir uns nicht an. Grüne Marktwirtschaft ist immer auch soziale Marktwirtschaft. Mit Massenarbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich findet sich grüne Wirtschaftspolitik nicht ab. Sie geht von dem Grundsatz aus, dass in einer gerechten Gesellschaft wirtschaftlicher Fortschritt allen zugute kommen muss und nicht nur einigen wenigen.

Deshalb gehört zum Kern grüner Wirtschaftspolitik neben Zugangschancen zu Arbeit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe auch die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands – und zwar für beide Geschlechter. Ein vorrangiges Ziel grüner Wirtschaftspolitik muss es sein, endlich Existenz sichernde Mindestlöhne durchzusetzen.

Die Fakten zeigen: Tarifverträge und Arbeitsrecht bieten schon lange keinen wirksamen Schutz mehr gegen Lohndumping. Angesichts der dramatischen beschleunigten Ausbreitung von Armutslöhnen setzen wir uns für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn nach britischem Vorbild ein. Branchen- und regionalspezifische Differenzierungen können nur oberhalb einer solchen Mindestabsicherung erfolgen. Umfangreiche staatliche Lohnsubventionen durch undifferenzierte und breit gestreute Kombilohn-Modelle lehnen wir hingegen ab. Wenn staatliche Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen bereitgestellt werden sollen, dann kann dies nur in Bereichen geschehen, die soziale und ökologische Leistungen

für die Gemeinschaft erbringen. Denn es ist und bleibt grundsätzlich die Verantwortung der Unternehmen, ihren Arbeitnehmern einen Existenz sichernden Lohn zu zahlen.

Nicht alles ist eine Ware – Gemeinnutz braucht Schutz

Wesentliche Bereiche des vormals öffentlichen Sektors wurden in den letzten Jahren nicht nur modernisiert, sondern privatisiert. Die Chancen, die Privatisierung bieten kann, hat die Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes deutlich gezeigt. Es fehlt aber auch nicht an Negativbeispielen, wie die Privatisierung der britischen Bahn. Auf jeden Fall braucht Privatisierung einen effektiven Ordnungsrahmen. Eine Politik nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Risiken sozialisieren“ lehnen wir ab.

Auf dem Markt erzielte Vorsprünge einzelner Unternehmen dürfen nicht zu Errichtung dauerhafter Monopole führen. Dies gilt z.B. für den Energiemarkt. Denn: Vier Konzerne – RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall – beherrschen den Strommarkt in zweifacher Hinsicht. Zum einen kontrollieren sie annähernd 90 % der Stromproduktion in Großkraftwerken, wobei diese Marktkonzentration in den letzten Jahren immer weiter zugenommen hat. Zum anderen haben diese vier Konzerne das Übertragungsnetz in Form von Gebietsmonopolen unter sich aufgeteilt. Die Folge ist, dass in Deutschland die zu zahlenden Netznutzungsentgelte deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegen.

Noch wettbewerbsfeindlicher sind die Verhältnisse im Gasmarkt: Hier beherrschen drei Unternehmen den Markt: E.ON Ruhrgas, RWE und Wingas. Allein der Marktführer Eon-Ruhrgas kontrolliert über 60 % des Absatzes und große Teile des Gasnetzes. Auch bei der Gasversorgung gibt es regelrechte Gebietsmonopole. Wettbewerb und die Möglichkeit zum Anbieterwechsel für die EndkundInnen stehen bis heute höchstens auf dem Papier. Strom- und Gasnetz sowie die Schiene bedürfen als natürliche Monopole der staatlichen Regulierung, mit dem Ziel, allen Anbietern einen diskriminierungsfreien Netzzugang zu ermöglichen. Hier muss der Staat im Sinne effektiven Wettbewerbs und fairer Tauschprozesse am Markt eingreifen

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf einen Mix von Angebots- und Nachfragepolitik. Dazu gehört, nach dem starken Rückgang der letzten Jahre wieder mehr Spielraum für öffentliche Investitionen zu schaffen. Investitionen in Umweltschutz und ökologische Modernisierung, moderne Infrastruktur und Bildung sind für uns ein Beitrag zur Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, den es auch bei der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu beachten gilt.

Demokratie macht vor dem Markt nicht halt

Im Wirtschaftsgeschehen in Deutschland sind Frauen bislang entgegen aller Sonntagsreden nicht gleichberechtigt beteiligt. Dies zeigt sich bei unterschiedlichen Löhnen für gleichwertige Arbeit und bei der Vergabe von Führungspositionen. Ein umfassender Diskriminierungsschutz ist für uns deshalb ebenso selbstverständlich wie der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Deutschland weist mit die höchsten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in der EU auf. Der Anteil von Frauen am Niedriglohnsektor liegt bei 70 %. Hier sind Staat und Tarifparteien gefordert. Wir wollen, dass Entgeltgleichheit künftig nicht mehr nur individuell gerichtlich durchgesetzt werden kann, sondern auch auf dem Wege der Verbandsklage.

In den Vorständen der Dax-30-Unternehmen findet sich keine einzige Frau. Da die Unternehmen keine Erfolge bei der Gleichstellung der Geschlechter nachweisen können, bedarf es auch hier verbindlicher Regelungen. Dazu gehört ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen, die sich für Gleichstellung engagieren, und eine Quotierung der Aufsichtsräte nach norwegischem Vorbild.

Die Potentiale der Migrantinnen und Migranten finden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder. In NRW gibt es viele tausend Menschen mit Migrationshintergrund, die den Sprung in die Selbstständigkeit gewagt haben. Bis heute stehen ihrem Unternehmergeist zahlreiche Hemmnisse und bürokratische Schwierigkeiten entgegen, die es schleunigst abzubauen gilt. In anderen Staaten wurde längst erkannt, dass Mehrsprachigkeit und vielfältige kulturelle Erfahrungen für die Wirtschaft und die volkswirtschaftliche Produktivität von Nutzen sind. Viele Studien belegen heutzutage, dass das bewusste Nutzen der Chancen der Vielfalt und ihrer Potentiale die wirtschaftliche Produktivität deutlich steigert. Einige Unternehmen mit Sitz in NRW wie Ford arbeiten schon seit einigen Jahren in den Betrieben sehr erfolgreich mit sogenannten „Diversity“-Konzepten.

Verbraucher sind die halbe Wirtschaft

Die dominierende Marktstellung der vier großen deutschen Energieversorger garantiert ihnen Milliardenprofite zulasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ungerechtfertigten Preiserhöhungen sind Strom- und Gaskunden oft wehrlos ausgeliefert. Dem wollen wir durch die eigentumsrechtliche Trennung von Stromnetzen und Stromerzeugung mehr Wettbewerb entgegen setzen.

Grüne Wirtschaftspolitik stellt die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern in den Mittelpunkt. Sie begreift Verbraucherpolitik als wichtige Säule der Wirtschaftspolitik - Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite her. Nachhaltiger Konsum ist nur möglich, wenn die Auswirkungen von Kaufentscheidungen auf Mensch und Umwelt erkennbar sind. Verbraucherinnen und Verbraucher haben Anspruch zu erfahren, was in den Produkten, die ihnen angeboten werden, drin ist und wie sie hergestellt werden. Behörden und Unternehmen dürfen sich diesem Informationsverlangen nicht durch vorschnelle Berufung auf vermeintliche Amts- und Geschäftsgeheimnisse entziehen. Das muss ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz festlegen.

Schwarz-gelb: Ökologische Innovationspotentiale verschenkt, Bankenpolitik gegen den Mittelstand

Die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung wird zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Sie setzt ihre Ideologie "Privat vor Staat" um. Sie kneift vor der Herausforderung, auch ordnungspolitisch eine klare Linie fahren zu müssen und ersetzt die alte Dominanz der IG Bergbau aus SPD-Zeiten durch eine bevorzugte Bedienung der Klientel aus Kammern und Verbänden.

Verheerend wird sich die "Privat vor Staat" - Ideologie bei der bewusst herbeigeführten Auslieferung der Stadtwerke an die großen Energieversorger auswirken. Hier wird nicht mehr Markt und mehr Wettbewerb geschaffen, sondern der Konzentrationsprozess beschleunigt. Bei den richtigen Vorstößen der EU- Kommission zur Trennung von Erzeugung und Besitz der Übertragungsnetze im Energiebereich ist die Landesregierung ein treuer Verbündeter der Monopolstrukturen. Auch bei der Ausgestaltung des Emissionshandels gab es keinen Unterschied zwischen den Positionen der Landesregierung und der Braunkohlelobby. Gemeinsames Ziel war es immer, die richtigen Anliegen der EU Kommission zu unterlaufen.

Die Landesregierung hat richtigerweise die Weichen für den Ausstieg aus der subventionierten Steinkohleförderung gestellt. Sie begeht aber mit ihrer offensichtlichen Ignoranz gegenüber den industriepolitischen Chancen und Herausforderungen des Klimawandels einen katastrophalen langfristig wirkenden Fehler. Die Märkte der Zukunft werden Märkte energieeffizienter Technologien, Märkte der Erneuerbaren Energien und Märkte der Ressourceneffizienz sein.

Hierin liegen für Nordrhein-Westfalen im Rahmen des permanenten Strukturwandels erhebliche Chancen. Eine Regierung, die ihre Tätigkeit mit dem Kreuzzug gegen die erneuerbaren Energien beginnt und die Klimaerwärmung für ein Phänomen von Sonnenflecken hält, ist offensichtlich auch nicht in der Lage, die industriepolitischen Chancen dieser Aufgabe für NRW zu nutzen.

Auch in der Finanzpolitik zeigt sich: Schwarz-gelb gefährdet das öffentliche Bankensystem und damit einen wichtigen Stützpfeiler kleiner und mittlerer Unternehmen, denn: Ein leistungsfähiges öffentliches Bankensystem ist ein notwendiger Bestandteil einer Regionalpolitik, die gezielt kleine und mittlere Unternehmen fördert.

ExistenzgründerInnen wie kleine und mittlere Unternehmen sind darauf angewiesen, Finanzpartner vor Ort zu haben, die Unternehmensgründungen mit Kreditvergaben, aber auch regionalem KnowHow begleiten. Dazu gehören die öffentlich-rechtlichen, dem Gemeinwohl verpflichteten Sparkassen, die eine profunde Kenntnis vor Ort besitzen und gezielte Mittelstandsförderung betreiben. Die von der Regierung Rüttgers vorbereitete Novelle des Sparkassengesetzes zielt darauf, durch eine Ausweisung von Stammkapital die öffentlich-rechtliche und damit gemeinnützige Struktur der Sparkassen zu unterlaufen, indem eine Tür für privates Kapital und damit die privatwirtschaftliche Gewinnorientierung der Sparkassen geöffnet wird.

Zum anderen brauchen diese Sparkassen ein leistungsfähiges Zentralinstitut. Die Landesregierung erschwert mit ihrer Hinhaltetaktik eine Neustrukturierung des Landesbankensektors, der eine zukunftsfähige Ausrichtung der WestLB ermöglicht. Rüttgers strebt wie die FDP den Einstieg eines Finanzinvestors bei der WestLB an. Das wäre der Anfang vom Ende des öffentlichen Bankensystems in Deutschland. Rüttgers, der sich als Verteidiger der sozialen Marktwirtschaft geriert, wird damit zum Totengräber genau dieses Wirtschaftsmodells und zum Wegbereiter eines rein gewinnorientierten Bankensystems.

Grünes Wirtschaften für NRW: Ökologisch, Sozial innovativ

Für Nordrhein-Westfalen als einer der führenden Wirtschaftsregionen in Europa kann die Perspektive nicht in der Konkurrenz um die niedrigsten Rohstoff- und Arbeitskosten liegen, sondern allein in der Konkurrenz darin, die innovativste Region zu sein.

Die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nach der Ablösung großindustrieller Monostrukturen wird davon abhängen, dass es gelingt, innovative Branchen zielgerichtet weiterzuentwickeln, die schon jetzt die Stärke NRWs ausmachen, und innovatives Wirtschaften mit ökologischem Wachstum verbinden. Nordrhein-Westfalen braucht eine ökologische Innovationsoffensive auf breiter Front und eine konsequente Weiterentwicklung der Wachstumspotentiale, z.B. in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Kulturwirtschaft, Logistik.

Zur Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzt grüne Wirtschaftspolitik auf eine konsequente Innovationspolitik, die Produkte und Prozesse in den Blick nimmt und Forschung und Entwicklung in NRW in privater und öffentlicher Partnerschaft ausbaut, auf die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie Unternehmensneugründungen, eine aktive Beschäftigungspolitik, eine umfassende Qualifizierung sowie eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, in der all diese Ansätze zusammenfließen sollen.

Hohe Wachstumspotentiale ergeben sich in NRW im Bereich der sogenannten kreativen Ökonomie. Hier zählt NRW schon heute zu einem der attraktivsten und entwicklungsfähigsten Standorte in Europa. Er zählt zu den Wachstumsbereichen unserer Wirtschaft und generiert in großem Umfang Arbeitsplätze und Investitionen. In den zurückliegenden Jahren haben sich besonders die Kreativbranchen zunehmend als Jobmotoren erwiesen. Im Zeitraum von 1999 bis 2005 konnte hier ein Plus von 7 Prozent bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen verzeichnet werden. NRW hat in der Entwicklung seit Mitte der Neunziger einen Spitzenplatz im TTT-Index (Talente, Toleranz und Technologie) erreicht. Wir Grünen wollen diese Bereiche weiter fördern und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen verbessern.

Um Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu schaffen und zu erhalten, bedarf es darüber hinaus gleichzeitig einer Qualifizierungsoffensive und einer Offensive für das duale System der Ausbildung in NRW.

Dem Mittelstand fällt somit bei Wachstum und Beschäftigung eine Schlüsselfunktion zu. Ziel grüner Wirtschaftspolitik ist es, mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit des nordrhein-westfälischen Mittelstandes langfristig zu sichern und dynamisch weiterzuentwickeln

Zu den landesweit als relevant erachteten Kompetenzfeldern gehören z. B. produktionsnahe Dienstleistungen, Mikro- und Nanotechnologie, Logistik, Gesundheitswirtschaft, neue Materialien sowie Energie- und Umwelttechnologien. Clusterbildung ist ein wichtiges Instrument zur Profilierung in diesen Kompetenzbereichen, stellt jedoch kein Allheilmittel dar. Insbesondere darf sie nicht zur künstlichen Ausrichtung funktionierender mittelständischer und diversifizierter Strukturen auf eine Monostruktur missbraucht werden

Für die Personengruppen, die trotz Qualifizierungsmaßnahmen mittelfristig keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, muss es vom Land längerfristige Beschäftigungsangebote geben. Dafür haben die GRÜNEN das Modell der Sozialen Wirtschaftsbetriebe geschaffen, das Unternehmensgründungen mit der Förderung langzeitarbeitsloser Menschen verknüpft. Dazu gehören Arbeiten im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen, im Umwelt- und Naturschutz, handwerkliche Tätigkeiten und Hilfen bei der Betreuung und Begleitung von Menschen mit Unterstützungsbedarf.

Eine der größten Herausforderungen, denen sich GRÜNE Wirtschaftspolitik stellt, ist die zunehmende Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen.

Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, dass in Nordrhein-Westfalen alle Ausbildungsplatzsuchenden einen ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Ausbildungsplatz finden können. Wir haben darum vorgeschlagen, einen branchenbezogenen Ausbildungsfonds in NRW einzurichten, der von Unternehmen finanziert wird und die branchenspezifischen Bedarfe an Aus- und Weiterbildung abdecken kann. Denn nur, wer ausbildet, wird in Zukunft auch auf das qualifizierte Personal zurückgreifen können, das ein innovativer und wissensbasierter Wirtschaftsstandort NRW braucht.

Das Ziel grüner Wirtschaftspolitik für NRW ist es, wirtschaftliche Rahmenbedingungen ökologisch und sozialverträglich zu gestalten, die ökologischen Innovationspotentiale der NRW-Wirtschaft zu heben, Arbeitsplätze in NRW zu sichern und zu schaffen und dazu die Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern. Denn unsere Überzeugung ist: Wirtschaft muss dem Menschen dienen.